

Das Umgangsrecht bei Kindern geschiedener oder getrennt lebender Eltern

**Ausgestaltung –
Verfahren – Vollstreckung**

von

Dieter Büte

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Celle

2., überarbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.ddb abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/3 503 08704 4](http://ESV.info/3_503_08704_4)

1. Auflage 2001

2. Auflage 2005

ISBN 3 503 08704 4

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005
www.erich-schmidt-verlag.de

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multixtext, Berlin
Druck: Strauss, Mörlenbach

Vorwort zur 2. Auflage

Knapp sieben Jahre nach dem Inkrafttreten des KindRG verlagert sich der Streit um das Kind immer häufiger in das Umgangsrechtverfahren. Nach Untersuchungen sehen ca. 60 % der Kinder ihren Vater nach der Scheidung nicht mehr wieder. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Angesichts der elementaren Bedeutung des Umgangsrechts für die Entwicklung des Kindes nach Trennung und Scheidung der Eltern sollte es oberstes Ziel aller mit dem Umgang befassten Personen und Institutionen sein, zum Wohle des Kindes diesem einen „guten Umgang“ zu ermöglichen. Das setzt auf Seiten der Eltern voraus ein Zurückstellen der eigenen Interessen, auf Seiten der Verfahrensbevollmächtigten eine differenziertere Betrachtung des Mandatsverhältnisses und auf Richterseite Einfühlungsvermögen, Vermittlungsgeschick und die Notwendigkeit, in einem dem kindlichen Zeitempfinden angemessenen Zeitraum – sofern notwendig – eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen.

Mit dieser 2. Auflage wird das Werk vollständig überarbeitet und erweitert. Zahlreiche gesetzliche Neuregelungen und eine Vielzahl von neuen Entscheidungen haben diese Neuauflage notwendig gemacht. Neben der umfangreichen Darstellung von Rechtsprechung und Literatur werden auch die Ursachen von Umgangsproblemen aufgezeigt und Lösungsansätze dargestellt. Der besonderen Bedeutung des Verfahrenspflegers als „Anwalt des Kindes“ – auch im Umgangsrechtverfahren – ist durch eine erhebliche Ausweitung der Thematik Rechnung getragen worden.

Mein Dank gilt all denen, die durch – auch kritische – Anmerkungen Anregungen zu Ergänzungen und einer Fortentwicklung des Werkes gegeben haben. Mein Dank gilt weiter dem Verlag und den beteiligten Buchhandlungen, die es mir ermöglicht haben, meine Gedanken und Thesen „zum guten Umgang“ zum Wohle des Kindes in zahlreichen Veranstaltungen darzustellen. Mein ganz besonderer Dank gilt meiner Ehefrau, ohne die auch dieses Werk nicht entstanden wäre.

Das Manuskript wurde Ende Januar 2005 abgeschlossen und berücksichtigt den zu diesem Zeitpunkt gegebenen Stand von Rechtsprechung und Literatur.

Bad Bodenteich, im Februar 2005

Dieter Büte

Vorwort zur 1. Auflage

Durch eine Scheidung wird zwar die Institution der Ehe aufgelöst, nicht jedoch die Familie. Verändert wird nur deren Gestalt. Betroffen davon sind vorrangig die Kinder, die einen mehr oder weniger grossen Teil ihres bisherigen Lebens mit beiden Eltern gemeinsam zurückgelegt haben und damit ein von Vertrauen geprägtes Verhältnis – Bindungen oder Beziehungen – aufgebaut haben. Diese Bindungen zu erhalten bzw. zu vertiefen, dient u.a. das Umgangsrecht.

Durch das am 01.07.1998 in kraft getretene Kindschaftsreformgesetz hat auch das Umgangsrecht wesentliche Änderungen erfahren. Das vorliegende Werk versucht, Orientierungshilfen zu allen mit dem Umgangsrecht zusammenhängenden Fragen zu geben und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das Umgangsrechtsverfahren, die materiell-rechtlichen Probleme sowie Fragen des internationalen Privatrechts werden dargestellt, u.a. die Einführung des sog. „Anwalt des Kindes“, die Anhörungsvorschriften, einstweiliger Rechtsschutz, Rechtsmittel, Kosten, Prozesskostenhilfe, das Vermittlungsverfahren, Vollstreckung, das Abänderungsverfahren sowie Fragen des internationalen Privatrechts sowie die materiellen Probleme der §§ 1684–1686 BGB. In Grundzügen dargestellt wird auch das seit 1998 auch in der Bundesrepublik heftig diskutierte Problem der Parental Alienation Syndrome (PAS).

Die Anhänge enthalten Text- und Formularentwürfe für die anwaltliche Praxis sowie Gesetzes- und Vertragstexte (MSA, HÜK, EuSorgÜ, SorgeRÜbkAG und EheVO), um so dem Benutzer einen schnellen und umfassenden Überblick ohne die Notwendigkeit des Zugriffs auf andere Materialien und Gesetzesquellen zu ermöglichen. Der Beitrag wendet sich an alle, die auf dem Gebiete des Familienrechts tätig sind, insbesondere auch die Mitarbeiter von Jugendämtern und Verfahrenspfleger.

Auch bei diesem Werk gilt mein ganz besonderer Dank meiner Ehefrau für ihr Verständnis, insbesondere aber für die Mitarbeit bei der Erstellung des Manuskriptes einschließlich der textlichen Gestaltung pp.

Das Manuskript wurde Anfang Februar 2001 abgeschlossen und berücksichtigt den zu diesem Zeitpunkt gegebenen Stand von Rechtsprechung und Literatur.

Bad Bodenteich, im März 2001

Dieter Büte

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Vorwort zur 2. Auflage	5	
Vorwort zur 1. Auflage	6	
Inhaltsverzeichnis	7	
Abkürzungsverzeichnis	17	

A Verfahrensrecht

1.	Allgemeines	21	1–14
1.1	Möglichkeiten zur Durchführung	21	1
1.2	Beschleunigungsgebot	21	2– 4
1.3	Der Anwalt im Umgangsrechtsverfahren	22	5
1.4	Die Rolle des Richters	23	6– 7
1.5	Mediation	24	8
1.6	Sachliche Zuständigkeit	25	9
1.7	Örtliche Zuständigkeit	26	10–13
1.7.1	Anhängigkeit einer Ehesache	26	11
1.7.2	Isoliertes Verfahren	26	12–13
1.8	Internationale Zuständigkeit	28	14
2.	Die Vertretung des Kindes (§ 50 FGG)	28	15–25
2.1	Bedeutung der Vorschrift	28	15
2.2	Notwendigkeit der Bestellung	29	16–17
2.3	Auswahl des Pflegers	30	18
2.4	Bestellung des Pflegers	31	19
2.5	Aufgabenbereich des Verfahrenspflegers	31	20–22
2.6	Aufwendungsersatz und Vergütung	33	23–24
2.7	Rechtsmittel	34	25
3.	Aufklärungspflicht des Gerichts	35	26–32
3.1	Grundsätze	35	26
3.2	Begutachtung durch Sachverständige	36	27–29
3.3	Inhalt des Gutachtenauftrages	37	30
3.4	Würdigung	38	31–32
4.	Anhörung des Jugendamtes	39	33–35
4.1	Allgemeines	39	33
4.2	Form und Inhalt	40	34
4.3	Anhörung in der Beschwerdeinstanz	41	35
5.	Anhörung der Eltern (§ 50a FGG)	41	36–40

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
5.1	Allgemeines.	41	36
5.2	Absehen von der Anhörung	41	37–38
5.3	Durchführung der Anhörung	43	39
5.4	Anhörung im Beschwerdeverfahren	43	40
6.	Anhörung des Kindes (§ 50b FGG).	44	41–47
6.1	Allgemeines.	44	41
6.2	Absehen von der Anhörung	45	42
6.3	Durchführung der Anhörung	45	43–45
6.4	Alter des Kindes.	46	46
6.5	Anhörung im Beschwerdeverfahren	47	47
7.	Anhörung der Pflegeeltern (§ 50c FGG).	47	48
8.	Das Einigungsverfahren (§ 52 FGG).	48	49–52
8.1	Allgemeines.	48	49
8.2	Aussetzung	48	50
8.3	Einstweilige Anordnung	49	51
8.4	Anfechtbarkeit	49	52
9.	Einstweiliger Rechtsschutz.	50	53–77
9.1	Einstweilige Anordnung (eAO) nach § 620 Nr. 2 ZPO	50	53–69
9.1.1	Regelungsgegenstand.	50	53
9.1.2	Regelungsbedürfnis	50	54
9.1.3	Verfahren	50	55–69
9.1.3.1	Zuständigkeit	50	55–56
9.1.3.2	Antrag	51	57
9.1.3.3	Prozesskostenhilfe	52	58
9.1.3.4	Anhörungen	52	59
9.1.3.5	Verfahrensgrundsätze	52	60–61
9.1.3.6	Entscheidung	53	62
9.1.3.7	Kosten	53	63
9.1.3.8	Gebühren und Auslagen	53	64
9.1.3.9	Abänderbarkeit.	54	65
9.1.3.10	Keine sofortige Beschwerde	54	66
9.1.3.11	Aussetzung der Vollziehung.	55	67
9.1.3.12	Vollstreckung	55	68
9.1.3.13	Außerkräfttreten der eAO	55	69
9.2	Einstweilige Anordnung im isolierten Ver- fahren nach § 621g ZPO.	56	70–77
9.2.1	Gesetzliche Regelung	56	70
9.2.2	Voraussetzungen	56	71–77
9.2.2.1	Hauptsacheverfahren.	56	71
9.2.2.2	Antrag	57	72

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
9.2.2.3	Dringendes Regelungsbedürfnis	57	73
9.2.2.4	Zuständiges Gericht	58	74
9.2.2.5	Verfahrensgrundsätze	58	75
9.2.2.6	Entscheidung	58	76
9.2.2.7	Rechtsmittel	58	77
10.	Entscheidung in der Hauptsache	59	78–81
10.1	Inhalt	59	78–79
10.2	Entscheidung nach Rücknahme des Antrages	59	80
10.3	Erledigung der Hauptsache	60	81
11.	Kosten	60	82–95
11.1	Verfahren, die bis zum 30. 06. 2004 anhängig geworden sind	60	82–90
11.1.1	Verbundverfahren erster Instanz.	60	82–85
11.1.1.1	Gegenstandswert	60	82
11.1.1.2	Gerichtskosten	61	83
11.1.1.3	Anwaltsgebühren	61	84
11.1.1.4	Kosten	61	85
11.2	Isoliertes Verfahren	61	86–90
11.2.1	Gegenstandswert	61	86
11.2.2	Auslagenschuldner	62	87–88
11.2.3	Gebühren des Anwalts	63	89
11.2.4	Beweisgebühr	63	90
11.3	Verfahren, die nach dem 30.06.2004 an- hängig geworden sind	63	91– 95
12.	Rechtsmittel	65	96–104
12.1	Verbundurteil	65	96
12.2	Isoliertes FGG-Verfahren	66	97–104
12.2.1	Befristete Beschwerde nach § 621e ZPO....	66	97– 98
12.2.2	Einlegung	66	99–100
12.2.3	Beschwerdeberechtigung	67	101
12.2.4	Wegfall der Beschwerdeberechtigung.....	68	102
12.2.5	Rücknahme des Rechtsmittels	68	103
12.2.6	Reformatio in peius	69	104
13.	Prozesskostenhilfe	69	105–108
13.1	Allgemeines	69	105
13.2	Erfolgsaussicht	69	106
13.3	Mutwilligkeit	70	107
13.4	Anwaltsbeordnung (§ 121 ZPO).....	71	108
14.	Das Vermittlungsverfahren (§ 52a FGG)....	71	109–116
14.1	Bedeutung der Vorschrift und Anwendungsbereich.....	71	109

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
14.2	Antrag eines Elternteils als Verfahrensvor- aussetzung	72	110
14.3	Entscheidung des Gerichts nach Eingang des Antrags	72	111–116
14.3.1	Ablehnung des Antrags	72	111–112
14.3.2	Anberaumung eines Verhandlungstermins . . .	73	113
14.3.3	Das Verfahren im Vermittlungstermin	73	114–116
14.3.3.1	Allgemeines	73	114
14.3.3.2	Entscheidung des Gerichts	74	115
14.3.3.3	Wert, Kosten, Gebühren	75	116
15.	Vollstreckung (§ 33 FGG)	75	117–130
15.1	Allgemeines	75	117
15.2	Gerichtliche Verfügung	76	118
15.3	Örtliche Zuständigkeit	77	119
15.4	Vollstreckungsfähigkeit	77	120–121
15.4.1	Verpflichtung der Verfügung	77	120
15.4.2	Bestimmtheitserfordernis	77	121
15.5	Schuldhaftes Verhalten	78	122
15.6	Androhung	78	123
15.7	Festsetzung	80	124–125
15.8	Höhe des Zwangsgeldes	80	126
15.9	Zwangshaft	81	127
15.10	Keine Gewaltanwendung gegen das Kind . . .	81	128
15.11	Rechtsmittel	81	129–130
15.11.1	Gegen die Androhung	81	129
15.11.2	Gegen die Festsetzung	82	130
16.	Das Abänderungsverfahren (§ 1696 BGB) . . .	82	131–137
16.1	Allgemeines	82	131
16.2	Sachliche Zuständigkeit	83	132
16.3	Örtliche Zuständigkeit	83	133
16.4	Zuständigkeitsbestimmung	83	134
16.5	Verfahren	84	135
16.6	Einstweilige Anordnungen	84	136
16.7	Voraussetzungen für eine Abänderung	84	137

B Das materielle Umgangsrecht

17.	Das Umgangsrecht von Eltern und Kindern .	87	138–147
17.1	Allgemeines	87	138–139
17.2	Verfassungsrechtliche Grundlagen	88	140–141

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
17.3	Deliktischer und strafrechtlicher Schutz des Umgangsrechts	89	142–143
17.4	Anwendungsbereich	90	144
17.5	Umgangsrecht als Recht des Kindes	91	145–146
17.6	Das Umgangsrecht als Recht und Pflicht des Elternteils	93	147
18.	Die Elterneinigung	93	148–152
18.1	Allgemeines	93	148
18.2	Inhalt	93	149–150
18.3	Bindung des Gerichts an die Elterneinigung	95	151
18.4	Voraussetzung für Vollstreckung der Elterneinigung	95	152
19.	Die Wohlverhaltensklausel (§ 1684 Abs. 2 BGB)	96	153–161
19.1	Allgemeines	96	153–154
19.2	Sanktionen bei Verstoss des betreuenden Elternteils	98	155–159
19.3	Sanktionen bei Verstößen des Umgangsberechtigten	101	160
19.4	Sonderfall der Auswanderung des Sorgeberechtigten mit dem Kind	102	161
20.	Die gerichtliche Umgangsregelung	103	162–171
20.1	Allgemeines	103	162
20.2	Inhalt der Umgangsregelung	104	163–171
20.2.1	Ort	104	163–164
20.2.2	Dauer und Häufigkeit	105	165–166
20.2.3	Übernachtungen	107	167
20.2.4	Feiertage und Festtage	108	168
20.2.5	Ferienregelungen	109	169
20.2.6	Ausgefallene Besuche	110	170
20.2.7	Modalitäten des Abholens und Zurückbringens	111	171
20.2.8	Aufwendungen für die Ausübung des Umgangs	112	172–176
20.2.8.1	Kosten des Umgangsrechtes	112	172–173
20.2.8.2	Berücksichtigung der Aufwendungen im Steuerrecht	113	174
20.2.8.3	Berücksichtigung der Aufwendungen im Sozialrecht	114	175
20.2.8.4	Aufenthalt des Kindes beim Umgangsberechtigten	115	176

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
20.2.9	Über den periodischen Umgang hinausgehende Regelung	116	177–180
20.2.9.1	Telefonkontakte	116	178
20.2.9.2	Briefe	117	179
20.2.9.3	Geschenke	118	180
20.2.10	Regelung gegenüber Dritten	118	181
21.	Wille des Kindes	119	182–186
21.1	Bedeutung der Vorschrift: Kindeswohl und Persönlichkeitsrecht	119	182
21.2	Aussagekraft des Kindeswillens	120	183
21.3	Berücksichtigung bei der Umgangsregelung..	121	184–185
21.3.1	Willensbildung älterer Kinder	121	184
21.3.2	Willensbildung jüngerer Kinder	122	185
21.4	Ursachen der ablehnenden Haltung eines Kindes	123	186
22.	Parental Alienation Syndrome (PAS)	124	187–192
22.1	Allgemeines	124	187–189
22.2	Entstehen und Definition	128	190
22.3	Erscheinungsbilder	128	191
22.4	Rechtliche Ansätze zum Umgang mit PAS ..	130	192
23.	Beschränkung und Ausschluss des Umgangsrechts	132	193–222
23.1	Begleiteter Umgang nach § 1684 Abs. 4 Satz 3 und 4 BGB als Einschränkung des Umgangsrechts	132	193–197
23.1.1	Gesetzliche Regelung	132	193
23.1.2	Formen des begleiteten Umgangs	132	194
23.1.3	Anforderungen an Begleitperson	133	195–196
23.1.4	Kosten	134	197
23.2	Einschränkung und Ausschluss des Umgangs	135	198–201
23.2.1	Allgemeines	135	198
23.2.2	Längerfristige Einschränkung	135	199
23.2.3	Kürzerfristige Einschränkung	137	200
23.2.4	Sachverhaltsermittlung	137	201
23.3	Einzelfälle der Beschränkung und des Ausschlusses	137	202–222
23.3.1	Ausschlussgründe auf seiten des Kindes	137	202–205
23.3.1.1	Alter des Kindes	137	202
23.3.1.2	Wille des Kindes	138	203
23.3.1.3	Psychische und physische Störungen	138	204
23.3.1.4	Integration des Kindes in die neue Familie ..	139	205

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
23.3.2	Gründe auf Seiten der Eltern	139	206–222
23.3.2.1	Gerichtliche Bestrafung	139	206
23.3.2.2	Prostitution des/der Umgangsberechtigten ..	140	207
23.3.2.3	Krankheiten des Umgangsberechtigten	141	208–211
23.3.2.4	Pädophile Neigungen	142	212
23.3.2.5	Erhebung einer Ehelichkeitsanfechtungsklage	142	213
23.3.2.6	Entführungsgefahr.....	142	214
23.3.2.7	Kindesmisshandlung	144	215
23.3.2.8	Entfremdung	144	216
23.3.2.9	Schwerwiegende Spannungen zwischen den Eltern	144	217
23.3.2.10	Beeinflussung des Kindes	145	218
23.3.2.11	Sexueller Missbrauch.....	145	219–222
24.	Das Umgangsrecht anderer Personen		
	(§ 1685 BGB)	147	223–227
24.1	Rechtslage seit 01.07.1998.....	147	223
24.2	Entscheidung des BVerfG vom 09.04.2003..	148	224
24.3	Neufassung	148	225
24.4	Personenkreis	149	226–227
24.4.1	Geschwister und Großeltern	149	226
24.4.2	Umgangsrecht enger Bezugspersonen, Abs. 2 n.F.	150	227
25.	Auskunftsrecht (§ 1686)	151	228–236
25.1	Allgemeines	151	228
25.2	Auskunftsberechtigte	152	229
25.3	Auskunftsverpflichtete	152	230
25.4	Berechtigtes Interesse	152	231–232
25.5	Inhalt des Anspruchs	153	233–234
25.6	Grenzen und Ende des Auskunftsrechts ...	154	235
25.7	Verfahren	155	236
26.	Internationales Privatrecht	155	237–264
26.1	Überblick	155	237
26.2	Das Haager Minderjährigen Schutzab- kommen (MSA).....	156	238–253
26.2.1	Anwendungsgebiet.....	156	238
26.2.2	Internationale Zuständigkeit	156	239
26.2.3	Aufenthaltszuständigkeit nach Art. 1 MSA ..	157	240–246
26.2.3.1	Sinn und Zweck	157	240
26.2.3.2	Voraussetzungen	157	241
26.2.3.3	Zeitpunkt	158	242
26.2.3.4	Aufenthaltsdauer	158	243

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
26.2.3.5	Vorbehalt eines gesetzlichen Gewaltverhältnisses	159	244
26.2.3.6	Doppelstaatler	160	245
26.2.3.7	Erweiterung der Zuständigkeit.	160	246
26.2.4	Gefährdungszuständigkeit nach Art. 8 MSA .	161	247
26.2.5	Zuständigkeit bei Eilmaßnahmen nach Art. 9 MSA	162	248
26.2.6	Anwendbares Recht.	162	249–253
26.2.6.1	Gleichlaufgrundsatz	162	249
26.2.6.2	Ausländisches Sachrecht	162	250
26.2.6.3	Deutsch-Iranisches Niederlassungsabkommen (NiederLabk).	163	251–253
26.3	Die Regelung des Art. 21 EGBGB	164	254–257
26.3.1	Allgemeines.	164	254
26.3.2	Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte.	165	255
26.3.3	Verfahren	165	256
26.3.4	Anwendbares materielles Recht.	166	257
26.4	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HÜK)	167	258–260
26.5	Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (EuSorgÜ).	169	261
26.6	Rechtsfragen der deutschen Einigung.	170	262
26.7	Europäische Verordnung vom 29. 05. 2000 (EheVO)	171	263
26.8	Europäische VO Nr. 2201/2003 vom 27. 11. 2003 (Brüssel II a)	173	264

Anhänge

Anhang 1	Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen (MSA, BGBl. 71 II, 217)	177	265
Anhang 2	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit bezüglich der elterlichen Verantwortung und Maßnahmen zum Schutz von Kindern (Kinderschutzübereinkommen vom 19. 10. 1996 – KSÜ –)	182	266
Anhang 3	Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HÜK, BGBl. 90, II, 206).	200	267
Anhang 4	Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (BGBl. 1990 II S 206)	210	268
Anhang 5	Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung und des Europäischen Übereinkommens vom 20. Mai 1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechtsverhältnisses (Sorgerechtsübereinkommensausführungsgesetz – SorgeRÜbkAG)	219	269
Anhang 6	Verzeichnis der gem. § 5 SorgeRÜbkAG ausschliesslich zuständigen Familiengericht und Oberlandesgerichte	225	270
Anhang 7	Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten (EheVO)	229	271

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer	
Anhang 8	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000.	244	272
Anhang 9	Muster: Umgangsrecht nach § 1684 Abs. 3 BGB	261	273
Anhang 10	Muster: Umgangsregelung nach § 1684 Abs. 3 Satz 3 BGB.	263	274
Anhang 11	Muster: Ausschluss des Umgangsrechts	264	275
Anhang 12	Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung im isolierten FGG-Verfahren.	265	276
Anhang 13	Muster: Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 620 Ziff. 2 ZPO . . .	266	277
Anhang 14	Muster: Antrag auf Auskunftserteilung nach § 1686 BGB	267	278
Anhang 15	Muster: Antrag nach § 52a FGG	269	279
Anhang 16	Muster: Antrag nach § 33 FGG	270	282
Verzeichnis der verwendeten und weiterführenden			
Literatur	271		
Stichwortverzeichnis	281		